



Bern, 09. Oktober 2026

Medienmitteilung

Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz «Verkehr '45»: Gute Stossrichtung – Verbesserungen nötig

Die Städte-Allianz unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung von «Verkehr '45», insbesondere die verkehrsträgerübergreifende Planung, die zusätzliche Finanzierung des BIF sowie die positive Bewertung der Agglomerationsprogramme. Gleichzeitig fordert sie eine stärkere Abstimmung mit der Raumentwicklung, der Klimapolitik und der 4V-Strategie. Zentrale Bahnprojekte dürfen nicht gestrichen und der Bahnhof Stadelhofen und MehrSpur Zürich – Winterthur (MSZW) nicht an die Verlängerung des Mehrwertsteuerpromilles gekoppelt werden.

Die Städte Luzern, Schaffhausen, St.Gallen, Winterthur, Zug und Zürich der «Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz» (Städte-Allianz) begrüssen den Ansatz von «Verkehr '45», die Verkehrsinfrastruktur stärker gesamtheitlich und über die verschiedenen Verkehrsträger hinweg zu planen, die Beschlüsse zum Ausbau von Bahn- und Nationalstrasseninfrastruktur aber weiterhin separat dem Referendum zu unterstellen. Gleichzeitig unterstützt die Städte-Allianz die Neupriorisierung der Bahninfrastrukturprojekte mit gestaffelten Angebots- und Realisierungshorizonten, die zusätzlichen Mittel für die Bahn-Ausbauschnitte 2025 und 2035, die unbefristete Verlängerung des Mehrwertsteuerpromilles zugunsten des BIF sowie die positive Bewertung der Agglomerationsprogramme. Es bestehen jedoch deutliche Defizite bei der Abstimmung mit den Zielen der Raumentwicklung, der Klimapolitik und der 4V-Strategie (vermeiden, verlagern, verträglich gestalten, vernetzen). Hier benötigt es eine Korrektur.

Agglomerations- und Bahnprojekte: Verbesserungspotenzial ausschöpfen

Im Agglomerationsverkehr fordert die Städte-Allianz eine vereinfachte und flexiblere Erarbeitung und Prüfung der Agglomerationsprogramme, eine bessere Ausschöpfung der Bundesbeiträge sowie ausreichende Einlagen in den NAF. Grössere ÖV-Projekte in den Agglomerationen sollen zudem stärker über den NAF mitfinanziert werden.

Im Schienenverkehr beurteilt die Städte-Allianz die geplante Streichung zahlreicher bereits genehmigter Projekte sowie die starke Konzentration auf «strategische Netzelemente» kritisch: Diese können ihren verkehrlichen Nutzen nur gemeinsam mit den betrieblich und inhaltlich abhängigen Ergänzungsmassnahmen entfalten, wofür jedoch deutlich zu wenig Mittel vorgesehen sind.

Bahnprojekte in Winterthur, Rotkreuz und Ebikon sichern

Die Städte-Allianz kritisiert insbesondere die geplante Streichung bereits genehmigter Bahnprojekte, die für die Innenentwicklung wichtiger urbaner Wachstumsräume oder für

die Realisierung strategischer Netzelemente bedeutsam sind. In Winterthur ist insbesondere die Haltestelle Grüze Nord für die volle Nutzenrealisierung von MSZW, für die Entlastung des Bahnhofs Winterthur sowie für die Verdichtung und Erschliessung eines aufstrebenden Entwicklungsgebiets von kantonaler Bedeutung. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist zudem das Agglomerationsprojekt «Fuss- und Veloverkehrsunterführung Grüze Nord».

Auch sollen die gestrichenen Ausbauten in Rotkreuz und Ebikon auf der Achse Zürich – Zug – Luzern in die Botschaft aufgenommen werden. Diese sind notwendig, damit das Schlüsselprojekt Durchgangsbahnhof Luzern seinen Nutzen entfalten kann.

Stadelhofen und MSZW von der Verlängerung des Mehrwertsteuerpromilles entkoppeln

Der Bahnhof Stadelhofen und alle zugehörigen Ergänzungsmassnahmen wie MSZW sind unabhängig von der Verlängerung des Mehrwertsteuerpromilles umzusetzen. Der Bahnhof Stadelhofen ist bereits weit fortgeschritten, seine Umsetzung soll jedoch von den zusätzlichen Mitteln durch die Verlängerung des Mehrwertsteuerpromilles abhängig gemacht werden. Die dafür notwendige Volksabstimmung birgt erhebliche Bau-, Verzögerungs-, Fehlinvestitions- und Mehrkostenrisiken. Bei einer Ablehnung könnte zudem der gesamte Ausbauschritt gefährdet und der Nutzen der rund 4 Milliarden Franken teuren MSZW geschmälert werden.

Eine Vorlage, welche vom Parlament diskutiert wird, ist gemäss den ausführenden Erläuterungen und Forderungen in unserer Vernehmlassungsantwort auszuarbeiten.

Kontakt:

Michael Baumer
Vorsteher Departement der industriellen Betriebe Stadt Zürich
Präsident Städte-Allianz
Tel.: 044 412 11 11

Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz
Geschäftsstelle
Tel.: 031 312 28 45
info@staedte-allianz.ch

Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz

Die Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz ist ein Verbund der Städte Luzern, Schaffhausen, St.Gallen, Winterthur, Zug und Zürich. Weitere assoziierte Mitglieder sind die Städte Illnau-Effretikon, Kreuzlingen, Frauenfeld und Wil. Gemeinsam setzt sich die Städte-Allianz seit 2008 für den raschen und nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Metropolitanraum Zürich und der angrenzenden Ost- und Zentralschweiz ein.